

Unterrichtsmaterial 3. Zyklus
«Politik»



Lektionsplanung „Politik“ - 3. Zyklus



Nr.	Thema	Inhalt	Ziele	Action	Material	Organisation	Zeit
1	Ice Breaker: Politik-Quiz	Polit-Quiz zu aktuellen Themen und zu politischen Grundinformationen	Die SuS werden auf die Thematik eingestimmt.	Ausfüllen des Quiz	Arbeitsblatt Lösung	EA oder GA	10'
2	Was ist eigentlich Politik?	Die SuS fassen ihre Gedanken zum Thema Politik auf Zettel und pinnen diese anschl. an die Pinnwand.	Die SuS äussern sich zur Thematik Politik und erkennen die unterschiedlichen Beziehungen zu diesem Thema.	Verfassen von Notizen / anpinnen / anschl. Diskussion	Panel "Politik"	Plenum	10'
3	Politische Strukturen	Die SuS folgen den Ausführungen der Lehrperson zu den Grundstrukturen der Schweiz auf den verschiedenen Regierungsebenen.	Die SuS nennen die politischen Grundstrukturen auf den verschiedenen Ebenen korrekt.	Verfolgen der Präsentation des Vortrags / Notizen	Powerpoint-Folien Kurzaufträge Informationstexte nach Vortrag	Plenum	15'
4	Interrupt: Die Partei der Zukunft	Welche Partei sollte in Zukunft existieren? Die SuS kreieren in kürzester Zeit eine Partei mit einem passenden Slogan und einem klaren Profil.	Kreativer, themennaher Exkurs	Brainstorming, Präsentation der Resultate oder Arbeiten auf einem Plakat	Plakat/Stifte	GA	15'
5	Postenlauf: Initiative, Referendum und Co.	Die SuS absolvieren einen Postenlauf, in welcher die unterschiedlichen Begriffe erklärt werden. Mögliche Begriffe: Initiative, Referendum, Abstimmung, Wahlen, usw.	Die SuS können die unterschiedlichen Begriffe aus dem Politjargon dem Staatsgefüge zuordnen.	Die Schüler absolvieren die Werkstattposten.	Postenblätter Lösungen	GA	90'
6	Parteilandschaft Schweiz	In einer Kurspräsentation wird die Parteienlandschaft der Schweiz vorgestellt. Dies geschieht auf einem einfachen Level.	Die SuS benennen die Parteien der Schweiz und wissen, was die jeweiligen Abkürzungen bedeuten.	Verfolgen der Präsentation	Powerpoint-Folien Informationsblätter	Plenum	10'
7	Recherche: Die Parteien	In Gruppen eingeteilt und je mit einer Partei versehen, erstellen die Gruppen ein Informationsplakat zur jeweiligen Partei (Name, Grösse, Köpfe, Überzeugungen, usw.) Die Gruppen präsentieren ihre Plakate und die jeweiligen Parteien.	Die SuS erarbeiten ein konzentriertes Parteienwissen. Die Schüler erfassen die Parteienlandschaft umfassend.	Recherche im Internet, in den Medien sowie bei den jeweiligen Parteizentralen / Erstellen eines Plakats Präsentationen mit Inputs von Seiten der Lehrperson	Div. Medien / Internet Flipchart Farben, Klebematerial Auftragsbeschreibung Informationstexte von Aufgabe 07	GA Plenum	60'
8	Interrupt: Politikergespräche	Analog der Seite „Luftblasen“ aus dem „Stern“ sollen Politikern Gespräche in den Mund geschoben werden.	Kreativer, themennaher Exkurs	Diskussion in Kleingruppen, Verfassen von Texten, Kleben	Bildersammlung	GA	20'

Lektionsplanung „Politik“ - 3. Zyklus



Nr.	Thema	Inhalt	Ziele	Action	Material	Organisation	Zeit
9	Abstimmungsplakat	Ein ausgewähltes Thema aus der Gemeinde soll mit Hilfe eines Abstimmungsplakates angeheizt werden. Die Gruppen kreieren gemäss ihren Überzeugungen diese Plakate.	Die SuS stellen Meinungen klar ersichtlich und provokativ dar.	Analyse von bestehenden Plakaten / Umsetzung in eigene Kreationen	Arbeitsvorgabe Funktionspanels Bildersammlung bestehender Abstimmungsplakate	GA	20'
10	Gemeindeversammlung	Die SuS simulieren im Klassenverband eine Gemeindeversammlung zum im Abstimmungsplakat umgesetzten Gemeindethema. Eine Gruppe übernimmt das Protokoll / die Videovisualisierung. Die Klasse bespricht die Versammlung und die entstandenen Emotionen/Diskussionselemente. Die Protokollführer geben ihre Informationen weiter (evtl. Videovisualisierung).	Die SuS erkennen anhand einer realistischen Diskussion die Mechanismen einer Gemeindeversammlung. Die SuS erkennen die Dynamik einer Diskussion und die Wichtigkeit für den zu erarbeitenden Konsens.	Simulation Präsentation/Diskussion	Arbeitsblätter Videomaterial Evt. DVD von Jugend debattiert Videomaterial	Plenum	35'
11	Abschluss: Emil	Emil-Nummer: Die Vorstandssitzung / Das Wahlplakat	Abschluss	Filmsequenz schauen / Tondokument hören	CD von Emil	Plenum	10'

Die Zeitangaben sind Annahmen für den ungefähren Zeitrahmen und können je nach Klasse, Unterrichtsniveau und –intensität schwanken!

Lehrplanbezüge (LP 21)

RZG.5.1	Die Schülerinnen und Schüler können Entstehung und Entwicklung der Schweiz erklären.
RZG.8.1	Die Schülerinnen und Schüler können die Schweizer Demokratie erklären und mit anderen Systemen vergleichen.
RZG.8.3	Die Schülerinnen und Schüler können die Positionierung der Schweiz in Europa und der Welt wahrnehmen und beurteilen.

Ergänzungen / Varianten

Legende	EA = Einzelarbeit / Plenum = die ganze Klasse / GA = Gruppenarbeit / PA = Partnerarbeit / LP = Lehrperson
Film-/Tondokumente	CD: „Emil träumt“, Track 12: Das Wahlplakat CD: „Unvergessliche Geschichten“, Track 14: Die Vorstandssitzung
Ergänzungen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Interessant wäre der Besuch einer richtigen Gemeindeversammlung ▪ Umfrage in der Gemeinde zu einem aktuellen Thema ▪ Projektarbeit „Wir gestalten mit“: Die Klasse versucht, ein ihr wichtiges Anliegen für die Gemeinde so vorzubringen, dass dieses in einer realen Versammlung besprochen wird.

Politik-Quiz

Informationen für Lehrpersonen



1/3

Arbeitsauftrag 	<p>Die SuS füllen ein Quiz zu aktuellen Themen und politischen Grundinformationen aus.</p>
Ziel 	<p>Die SuS werden auf die Thematik „Politik“ eingestimmt.</p>
Material 	<p>Arbeitsblatt Lösungen</p>
Sozialform 	<p>EA oder GA</p>
Zeit 	<p>20'</p>

Zusätzliche
 Informationen:

- Zusätzliche Informationen zu den Politfragen sind unter www.admin.ch oder www.parlament.ch zu finden.

Politik-Quiz

Arbeitsblatt



2/3

Aufgabe:

Beantwortet in Einzel- oder Partnerarbeit folgende Fragen und ergänzt die Texte.

Quiz

1. Was bedeutet das Wort Politik? _____
2. „Die festgestellte _____ der Atmosphäre in den letzten 50 Jahren ist vorwiegend durch menschliche Tätigkeit verursacht. Hauptursache ist die _____ fossiler Brennstoffe wie Kohle, _____ Benzin und Gas. Ohne klimapolitische _____ wird sich die Erwärmung beschleunigen und durch negative _____ wie Trockenheit, Überschwemmungen oder Wirbelstürme Millionen von Menschen einem grossen Risiko aussetzen.
3. Wie bezeichnet man das achtlose Wegwerfen und Liegenlassen von Abfall? _____
4. Welches ist die heutige Hauptsuchtgefahr bei Jugendlichen? _____
5. Welche Staatsform haben wir in der Schweiz? _____
6. Nenne den Namen mindestens eines Bundesrates / einer Bundesrätin, wenn möglich mit der dazugehörigen Parteienbezeichnung!

7. Wie viele Departemente haben wir in der Schweiz auf Bundesebene? _____
8. Wie heisst das ausführende Organ (Exekutive) auf Gemeindeebene? _____

Politik-Quiz

Lösung



3/3

Lösung:

1. Was bedeutet das Wort Politik? **Staat oder Gemeinschaft**
2. „Die festgestellte **Erwärmung** der Atmosphäre in den letzten 50 Jahren ist vorwiegend durch menschliche Tätigkeit verursacht. Hauptursache ist die **Nutzung** fossiler Brennstoffe wie Kohle, **Erdöl** Benzin und Gas. Ohne klimapolitische **Massnahmen** wird sich die Erwärmung beschleunigen und durch negative **Auswirkungen** wie Trockenheit, Überschwemmungen oder Wirbelstürme Millionen von Menschen einem grossen Risiko aussetzen.
3. Wie bezeichnet man das achtlose Wegwerfen und Liegenlassen von Abfall? **Littering**
4. Welches ist die heutige Hauptsuchtgefahr bei Jugendlichen? **Jugendalkoholismus**
5. Welche Staatsform haben wir in der Schweiz? **Demokratie**
6. Nenne den Namen mindestens eines Bundesrates / einer Bundesrätin, wenn möglich mit der dazugehörigen Parteienbezeichnung!
Guy Parmelin (SVP), Beat Jans (SP), Karin Keller-Sutter (FDP), Elisabeth Baume-Schneider (SP), Martin Pfister (Mitte), Ignazio Cassis (FDP), Albert Rösti (SVP)
7. Wie viele Departemente haben wir in der Schweiz auf Bundesebene?
Sieben – so viele wie Bundesräte/Bundesrätinnen
8. Wie heisst das ausführende Organ (Exekutive) auf Gemeindeebene?
In den meisten Gemeinden, die nicht über ein Parlament verfügen, heisst die Exekutive Gemeinderat. In grösseren Gemeinden heisst sie Stadtrat oder Stadtregierung.

Was ist Politik?

Informationen für Lehrpersonen



1/1

Arbeitsauftrag 	<p>Die SuS äussern sich zum Thema Politik und erkennen, wie unterschiedlich die Beziehungen der einzelnen Klassenmitglieder zu diesem Thema sind.</p> <p>Die SuS fassen ihre Gedanken zum Thema Politik auf Zettel zusammen und pinnen diese an die Pinnwand. Anschliessend wird im Plenum über die verschiedenen Inputs diskutiert.</p>
Ziel 	<p>Die SuS diskutieren den Begriff Politik und erarbeiten sich ihr individuelles Politikverständnis.</p>
Material 	<p>Panel „Politik“</p>
Sozialform 	<p>Plenum</p>
Zeit 	<p>10'</p>

Beispiele, in welche Richtung die Aufgabe gehen könnte:

- Sich zusammentun, eine Idee durchsetzen, etwas bewirken
- Sich für die Gemeinschaft engagieren
- Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Partizipation
- Macht, Konflikt, Herrschaft, Ordnung, Frieden

Zusätzliche
Informationen:

Politische Strukturen

Informationen für Lehrpersonen



1/9

Arbeitsauftrag 	<p>Die SuS folgen den Ausführungen der Lehrperson zu den Grundstrukturen der Schweiz auf den verschiedenen Regierungsebenen und machen sich Notizen.</p>
Ziel 	<p>Die SuS nennen die politischen Grundstrukturen auf den verschiedenen Ebenen korrekt.</p>
Material 	<p>Powerpoint-Folien Kurzaufträge Informationstexte nach Vortrag</p>
Sozialform 	<p>Plenum</p>
Zeit 	<p>15'</p>

- Die SuS fassen ihre Gedanken zusammen und erledigen ihre Kurzaufträge. Das Handout dient als zusätzliche Gedankenstütze und wird erst am Schluss verteilt.

Zusätzliche
Informationen:

- Beispiele für Kurzaufträge:
 - Begriffe notieren
 - Ebenen einzuordnen versuchen

Politische Strukturen

Informationstext



2/9

Politische Strukturen in der Schweiz

Das Regierungssystem der Schweiz beruht auf einem Zweikammerparlament, das im Milizsystem – also nebenberuflich – in vier ordentlichen Sessionen und evtl. ausserordentlichen Zwischensessionen amtiert. Die Bundesversammlung ist das gesetzgebende Organ und damit die Legislative der Schweiz. Der Bundesrat amtiert als oberste exekutive Behörde, also als Regierung und als ausführendes Organ.

Speziell im Schweizerischen Regierungssystem ist auch die Bedeutung der Fraktionen, der Kommissionen und Büros. Hier nämlich wird die Schweizerische Politik vorgespurt. Die Schweiz ist eine **halbdirekte Demokratie**. Das Volk wählt das Parlament direkt. Es hat aber auf die Wahl des Bundesrates keinen Einfluss. Dieser wird von der Vereinigten Bundesversammlung gewählt.

Das Zweikammersystem

Die **Bundesversammlung, das Schweizer Parlament**, ist nach dem **Zweikammersystem** organisiert. Die beiden gesetzgebenden Kammern (Legislative) heissen Nationalrat und Ständerat. Im Unterschied zu den meisten ausländischen Parlamenten ist die Bundesversammlung **kein Berufsparlament**. Die Abgeordneten beider Räte üben ihr Mandat nebenamtlich aus, weshalb die Bundesversammlung als **Milizparlament** bezeichnet wird. Dieses System gibt es nur in wenigen Ländern auf der Welt.



Politische Strukturen

Informationstext



3/9

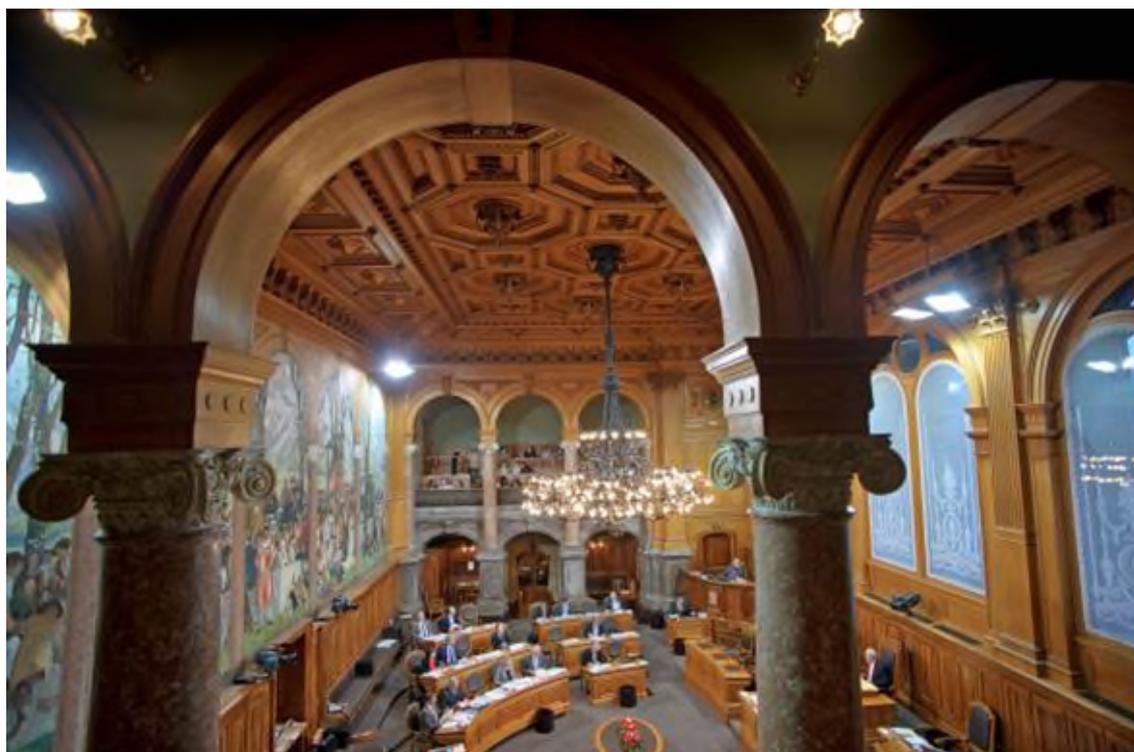
Der Nationalrat

Der **Nationalrat zählt 200 Mitglieder**. Er vertritt das Schweizer Volk. Beim heutigen Bevölkerungsstand ergibt es auf je 36 000 Einwohnerinnen und Einwohner einen Nationalratsitz. **Jeder Kanton bildet einen Wahlkreis**, der mindestens eine Vertreterin oder einen Vertreter wählt, auch dann, wenn die Bevölkerung weniger als 36 000 zählt.

Die **Gesamterneuerungswahlen des Nationalrates** finden **alle 4 Jahre** jeweils am zweitletzten Sonntag im Oktober statt. Die Mitglieder werden für 4 Jahre (= eine Legislatur) gewählt. Eine Wiederwahl ist möglich.

Der Ständerat

Der Ständerat setzt sich aus **46 Vertreterinnen oder Vertretern** der Schweizer Kantone zusammen. **Jeder Kanton wählt zwei, die Halbkantone** Obwalden, Nidwalden, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden wählen je **einen Kantonsvertreter / eine Kantonsvertreterin**.



Politische Strukturen

Informationstext



4/9

Die Session

Der Nationalrat und der Ständerat versammeln sich regelmässig zu ordentlichen Sessionen. In jedem Jahr finden **vier ordentliche Sessionen zu drei Wochen** statt. Zum Abbau der Geschäftslast kann eine zusätzliche Session, eine Sondersession, abgehalten werden. Sondersessionen kann jeder Rat unabhängig für sich beschliessen. Ein Viertel der Mitglieder eines Rates oder der Bundesrat können zudem die Einberufung der Räte zu einer ausserordentlichen Session verlangen.

Die Sessionsdaten werden für jedes Jahr neu festgelegt; üblicherweise findet jedes Jahr eine Frühjahrsession (Februar/März), eine Sommersession (Mai/Juni), eine Herbstsession (September) und eine Wintersession (November/Dezember) statt.



Politische Strukturen

Informationstext



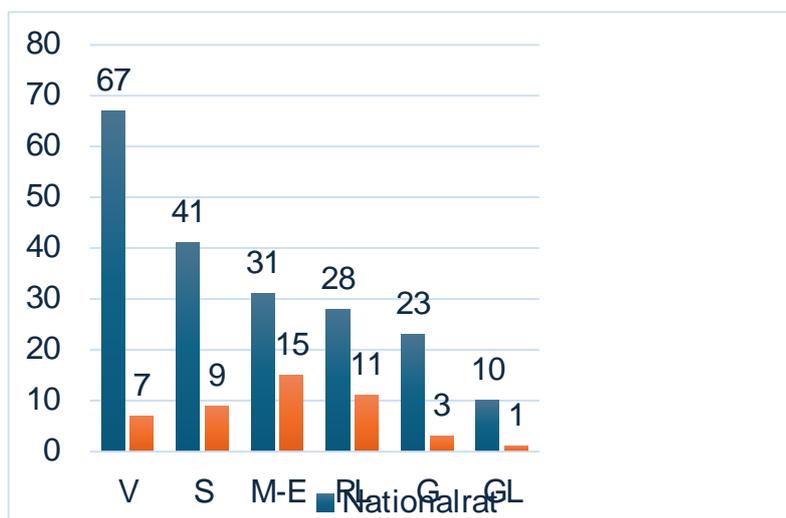
5/9

Die Fraktion

Die Bundesversammlung ist **politisch in Fraktionen und nicht in Parteien gegliedert**. Die Fraktionen umfassen Angehörige der gleichen Partei oder gleich gesinnter Parteien. Eine Fraktion ist also nicht immer mit einer Partei identisch. Zur Bildung einer Fraktion ist der Zusammenschluss von **mindestens fünf Mitgliedern eines Rates** erforderlich.

Fraktionen und Stärke in der Legislaturperiode 2023 - 2027

- Fraktion der Schweizerischen Volkspartei (SVP) – 68 SVP, 1 Lega, 2 EDU, 3 MCG
- Sozialdemokratische Fraktion (SP) – 50 SP
- Die Mitte-Fraktion (Die Mitte) – 44 Die Mitte, 2 EVP,
- FDP-Liberale Fraktion (FDP) – 39 FDP. Die Liberalen
- Grüne Fraktion – 26 GPS
- Grünliberale Fraktion – 11 GLP



1. Balken = Nationalrat

2. Balken = Ständerat

V = SVP/Lega

S = SP

M-CEB = Die Mitte

RL = FDP

G = Grüne Fraktion

GL = Grünliberale Fraktion

Politische Strukturen

Informationstext



6/9

Die Vereinigte Bundesversammlung

Der **Nationalrat und der Ständerat verhandeln gemeinsam als Vereinigte Bundesversammlung** unter dem Vorsitz der Nationalratspräsidentin oder des Nationalratspräsidenten, um Wahlen vorzunehmen, Zuständigkeitskonflikte zwischen den obersten Bundesbehörden zu entscheiden oder Begnadigungen auszusprechen.

Die Geschäfte der Vereinigten Bundesversammlung werden von einem/einer jährlich wechselnde/n Präsidenten oder Präsidentin und je zwei Vizepräsident/-innen geführt.

Die Kommissionen

Die Kommissionen haben grundsätzlich die Aufgabe, die ihnen zugewiesenen **Geschäfte vorzubereiten und ihrem Rat Antrag zu stellen**. Sie **arbeiten dabei intensiv mit dem Bundesrat** zusammen. Die Kommissionen des Nationalrates setzen sich aus 25 Mitgliedern, diejenigen des Ständerates aus 13 Mitgliedern zusammen. **Jeder Rat verfügt über 12 ständige Kommissionen**.

Legislativkommissionen:

- Aussenpolitische Kommissionen (APK)
- Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK)
- Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK)
- Kommissionen für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK)
- Sicherheitspolitische Kommissionen (SiK)
- Kommissionen für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF)
- Kommissionen für Wirtschaft und Abgaben (WAK)
- Staatspolitische Kommissionen (SPK)
- Kommissionen für Rechtsfragen (RK)
- Kommissionen für öffentliche Bauten (KöB)

Aufsichtskommissionen:

- Finanzkommissionen (FK)
- Geschäftsprüfungskommissionen (GPK)
- Parlamentarische Verwaltungskontrolle (PVK)

Weitere Kommissionen:

- Begnadigungskommission
- Rehabilitierungskommission
- Redaktionskommission
- Gerichtskommission
- Spezialkommissionen

Die Büros

Die Büros sind jene **Organe der Räte, die sich mit dem Verfahren, der Organisation und der Verwaltung des entsprechenden Rates beschäftigen**. Sie erstellen das Sessionsprogramm des jeweiligen Rates, ernennen die Kommissionen und Delegationen, weisen ihnen ihre Aufgabenbereiche und die zu behandelnden Geschäfte zu und legen den Zeitplan der Beratungen fest. Das Büro des Nationalrates und das Büro des Ständerates bilden zusammen die Koordinationskonferenz.

Gleichzeitig mit dem Sessionsprogramm beschliesst das Büro, in welcher Form die Beratungsgegenstände beraten werden sollen. Unabhängig von der vereinbarten Form dürfen sich jedoch die Berichterstatter/-in der Kommission und die Vertreter/-in des Bundesrates zu Wort melden. Will ein Nationalrat / eine Nationalrätin das Wort ergreifen, meldet er oder sie sich schriftlich beim Präsidium, sobald der betreffende Gegenstand zur Beratung kommt. Das

Politische Strukturen

Informationstext



7/9

Präsidium erteilt das Wort grundsätzlich in der Reihenfolge der Anmeldungen. Fraktionsvertreter/-innen und Antragstellende sprechen vor den übrigen Mitgliedern, Berichterstatter/-innen, Vertreter/-innen des Bundesrates, sobald sie es verlangen. Niemand darf aber mehr als zweimal zum gleichen Punkt sprechen. Die Geschäfte werden im Rat in eine von fünf Beratungskategorien eingeteilt.

Die Büros setzen sich aus dem Präsidenten oder der Präsidentin, zwei Vizepräsidentinnen oder -präsidenten, Stimmenzählerinnen und -zählern, Ersatzstimmenzählerinnen und -zählern und Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten zusammen.

Der Bundesrat

Der Schweizerische Bundesrat ist die oberste **exekutive Behörde** und damit die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft. In der Schweizerischen Bundesverfassung, dem Grundgesetz, ist er als die „**oberste leitende und vollziehende Behörde des Bundes**“ definiert. Die einzelnen Mitglieder werden Bundesrat oder Bundesrätin genannt; falls es aus sprachlichen Gründen nötig ist, zwischen der Behörde und dem einzelnen Mitglied zu unterscheiden, nennt man den ganzen Rat Gesamtbundesrat.

Der Bundesrat unterscheidet sich teilweise erheblich von den Exekutiven, wie sie in anderen Demokratien bestehen. Es handelt sich um eine sogenannte **Kollegialbehörde**, die sich aus sieben gleichberechtigten und von der Vereinigten Bundesversammlung gewählten Mitgliedern zusammensetzt. Der Bundesrat ist **nicht nur Regierungsgremium, sondern faktisch auch Staatsoberhaupt der Schweiz**. Das liegt daran, dass in der Schweiz die Bundesräte jene Aufgaben erledigen, die in anderen Ländern Staatsoberhäupter innehaben.

Der Bundesrat **wird alle vier Jahre in der ersten Session des neu gewählten Parlamentes gewählt**. In den dazwischen liegenden Jahren werden nur der Präsident / die Präsidentin und der Vizepräsident / die Vizepräsidentin für ein Jahr gewählt. Tritt ein einzelner Bundesrat während seiner Amtszeit zurück, wird – evtl. auch in einer Sondersession – ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin gewählt.

Die Departemente

Die sieben **Bundesräte regieren gemeinsam** über alle Geschäfte, tatsächlich aber **stehen sie als Departementsvorsteher je einem Departement vor** und sind dadurch vergleichbar mit Ministern anderer Länder. Die Verteilung der Departemente wird jeweils nach einer Bundesratswahl von den Amtsträgern selbst vorgenommen.

Die Liste der Departemente und der aktuell zuständigen Bundesräte / Bundesrätinnen:

- Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA): Ignazio Cassis (FDP)
- Eidgenössisches Departement des Innern (EDI): Elisabeth Baume-Schneider (SP)
- Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK): Albert Rösti (SVP)
- Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS): Martin Pfister (Mitte)
- Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD): Elisabeth Baume-Schneider (SP)
- Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD): Karin Keller-Sutter (FDP)
- Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF): Guy Parmelin (SVP)

Politische Strukturen

Informationstext



8/9

Die Kantonsparlamente

Die Kantonsparlamente sind die Parlamente oder Legislativen der Kantone der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Die Kantonsparlamente sind mit den Gesetzgebungsverfahren jener Bereiche betraut, die nicht in die Kompetenz des Bundes fallen. Ein Kantonsparlament wird in der Regel alle vier Jahre vom Volk gewählt, und seine Aufgaben umfassen in erster Linie **die Gesetzgebung, die Oberaufsicht über Verwaltung, Regierung und Justiz sowie die Beschlussfassung über Steuern, Abgaben und Kredite**, das kantonale Budget und die Staatsrechnung.

Die Bezeichnung der Kantonsparlamente lautet Grosser Rat, Kantonsrat, Landrat oder im Kanton Jura Parlament.

Die Kantonsregierungen

Die Kantonsregierungen sind die Regierungen oder Exekutiven der Kantone der Schweiz. Die Regeln unterscheiden sich von Kanton zu Kanton, zeigen aber auch viele Gemeinsamkeiten. Eine Kantonsregierung wird alle vier Jahre gewählt.

Die Wahl der Kantonsregierung findet meistens gleichzeitig mit der Wahl der Kantonsparlamente statt. Die Amtsdauer entspricht in der Regel der Legislaturperiode. Die meisten Kantone wählen ihre Regierung nach dem Majorzwahlssystem (Mehrheitswahlssystem). Das bedeutet, dass Persönlichkeiten und nicht Parteilisten gewählt werden. Die Anzahl der Regierungsmitglieder beträgt in allen Kantonen 5 oder 7 Mitglieder. Der/die Vorsitzende wird für ein Jahr gewählt und hat keine weiterreichenden Befugnisse als die anderen Regierungsmitglieder. **Wie der Bundesrat, die Regierung auf nationaler Ebene, folgen die Kantonsregierungen dem Kollegialitätsprinzip.**

Der Gemeinderat

In der Schweiz wird je nach Gemeinde entweder das ausführende Organ (Gemeindeexekutive) oder das gesetzgebende Organ (Gemeindeparlament) als Gemeinderat bezeichnet. In den meisten kleineren Gemeinden, die nicht über ein Parlament verfügen, wird die Exekutive und ihre Mitglieder als Gemeinderat bezeichnet.

Der Rat besteht meistens aus fünf bis neun Mitgliedern, wovon eines das Amt des/der Gemeindevorsitzenden bekleidet. **Die Gemeinderäte sind meistens nebenamtlich tätig und werden nach dem Majorzsystem (Mehrheitssystem) gewählt. In Gemeinden übernimmt die Gemeinde- oder Bürgerversammlung die Rolle der Legislative.** In grösseren Gemeinden wird die Ebene des Gemeinderates als Stadtregierung bezeichnet. Hier wird der/die Vorsitzende Stadtpräsident/-in genannt und amtiert meist in Vollzeit.

Die Vereine

Als Vereine werden **Gruppen genannt, die auf Dauer angelegt sind, einen eigenen Namen führen und festgelegte Statuten (Regeln) haben.** Die Interessen eines Vereines können sowohl gemeinnütziger als auch wirtschaftlicher Art sein. Kommerziell geführte Vereine müssen im Handelsregister eingetragen sein, wenn die jährlichen Roheinnahmen mehr als 100 000 Franken betragen. Doch auch nicht-kommerzielle Vereine können sich freiwillig eintragen lassen. Seit dem 1. Juni 2005 haften Vereinsmitglieder im Konkursfall gemäss Artikel 75a des Zivilgesetzbuches nur noch mit dem Vereinsvermögen. Das hat erhebliche Vorteile, beispielsweise wenn man, wie es in einem echten Rechtsfall geschehen ist, in einem Pferdesportverein Mitglied ist, der mit 500 000 Franken in der Kreide steht. Die Gläubiger gingen im Konkursfall leer aus, da die Mitglieder nur mit ihren Mitgliederbeiträgen hafteten.

Die Schweiz ist das Land der Vereine. Über die Anzahl ist zwar keine genaue Zahl bekannt, doch mengenmässig ist der Verein die wichtigste Rechtsform des Landes. Die Parteien wie Die Mitte, FDP, SP oder SVP sind als Vereine organisiert.

Politische Strukturen

Informationstext



9/9

Glossar

Bundespräsident / Bundespräsidentin: Der Bundespräsident / die Bundespräsidentin wird jedes Jahr für ein Jahr Amtsdauer gewählt, ebenfalls die Vizepräsidenten und –präsidentinnen des Landes.

Bundesrat: Der Bundesrat ist die oberste exekutive Behörde und amtet als Kollegialbehörde. Er ist nicht nur Regierungsgremium sondern faktisch auch Staatsoberhaupt. Der Bundesrat wird alle vier Jahre an der ersten Sitzung der neu gewählten Vereinigten Bundesversammlung gewählt. Bundesratswahlen erfolgen auch in Sondersessionen, wenn ein Mitglied zwischenamtlich zurücktritt.

Büros: Die Büros sind die Organe der Räte, die das Sessionsprogramm erstellen, den Zeitplan festlegen und den Räten Aufgabenbereiche und zu behandelnde Geschäfte zuweisen.

Departemente: Die sieben Bundesräte regieren gemeinsam über alle Geschäfte als Kollegialbehörde und stehen daneben einem eigenen Departement als Leitung vor.

Fraktion: Die Bundesversammlung ist politisch in Fraktionen und nicht in Parteien gegliedert. Die Fraktion ist mit Parteien nicht identisch, besteht aber aus mindestens fünf gleichgesinnten Mitgliedern eines Rates.

Gemeinderat: Der Gemeinderat ist die Exekutive auf Gemeindeebene. Die Gemeinderäte sind meistens nebenamtlich tätig und werden in den meisten Gemeinden nach dem Majorzsystem gewählt.

Halbdirekte Demokratie: Die Schweiz ist eine halbdirekte Demokratie, das heisst, dass ausser dem Parlament auch das Volk die Verfassung und die Gesetze direkt mitgestaltet.

Kantonsparlament: Die Kantonsparlamente sind die Legislative und damit gesetzgebende Behörde der Kantone.

Kantonsregierung: Die Kantonsregierungen sind die Exekutiven der Kantone. Sie werden in der Regel für vier Jahre gewählt und bestehen aus 5 bis 7 Mitgliedern.

Kommissionen: Jeder Rat verfügt über zwölf ständige Kommissionen. Die Kommissionen arbeiten eng mit dem Bundesrat zusammen und beraten mit ihm zugewiesene Geschäfte vor.

Nationalrat: Der Nationalrat zählt 200 Mitglieder und vertritt das Schweizer Volk, berechnet nach kantonaler Einwohnerzahl. Das heisst, dass grössere Kantone mehr direkte Volksvertreter haben als kleinere. Der Nationalrat wird alle vier Jahre neu gewählt.

Sessionen: die Daten der ordentlichen Sessionen des National- und Ständerates sind festgelegt und finden jedes Jahr im Frühling, Sommer, Herbst und Winter statt. Ausserordentliche Zwischensessionen können zur Verringerung der Arbeitslast von einem Viertel der Mitglieder eines Rates oder vom Bundesrat verlangt werden.

Ständerat: Der Ständerat zählt 46 Mitglieder. Es sind je zwei für die Voll- und je einer für die Halbkantone. Die Wahlen finden alle vier Jahre statt.

Verein: Ein Verein ist eine Gruppe, die festgelegte Statuten hat, einen eigenen Namen führt und auf Dauer angelegt ist. Parteien sind Vereine.

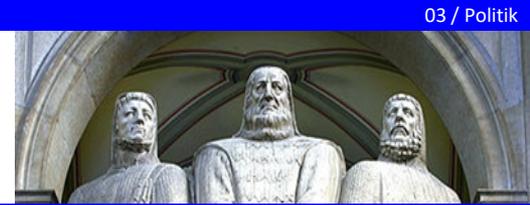
Vereinigte Bundesversammlung: Der National- und Ständerat verhandelt gemeinsam als Vereinigte Bundesversammlung. Das ist bspw. für Bundesratswahlen notwendig.

Zweikammersystem: Die Bundesversammlung, das Schweizer Parlament, mit den Kammern National- und Ständerat, bildet das Zweikammersystem.

Politische Strukturen der Schweiz



Die Bundesversammlung



Die Bundesversammlung - das Schweizer Parlament - ist nach dem Zweikammersystem organisiert. Die beiden Kammern heissen **Nationalrat** und **Ständerat**.

Im Unterschied zu den meisten ausländischen Parlamenten ist die Bundesversammlung kein Berufsparlament. Die Abgeordneten beider Räte üben ihr Mandat nebenamtlich aus. Die Bundesversammlung wird deshalb als **Milizparlament** bezeichnet.

Die Vereinigte Bundesversammlung



Nationalrat und Ständerat verhandeln gemeinsam als vereinigte Bundesversammlung unter dem Vorsitz der Nationalratspräsidentin oder des Nationalratspräsidenten um

- Wahlen vorzunehmen
- Zuständigkeitskonflikte zwischen den obersten Bundesbehörden zu entscheiden
- Begnadigungen auszusprechen



Sitzverteilung nach Fraktionen



Die Bundesversammlung ist politisch in **Fraktionen** und nicht in Parteien gegliedert. Die Fraktionen umfassen Angehörige der gleichen Partei oder gleich gesinnter Parteien. Eine Fraktion ist also nicht immer mit einer Partei identisch. Zur Bildung einer Fraktion ist der Zusammenschluss von mindestens fünf Mitgliedern eines Rates erforderlich.



Nationalrat



Die Sitzverteilung im Nationalrat richtet sich nach der **Einwohnerzahl**. Pro Kanton muss aber **mindestens 1 Person** im Nationalrat sitzen, auch wenn die Zahl der Einwohner keine 36`000 beträgt.

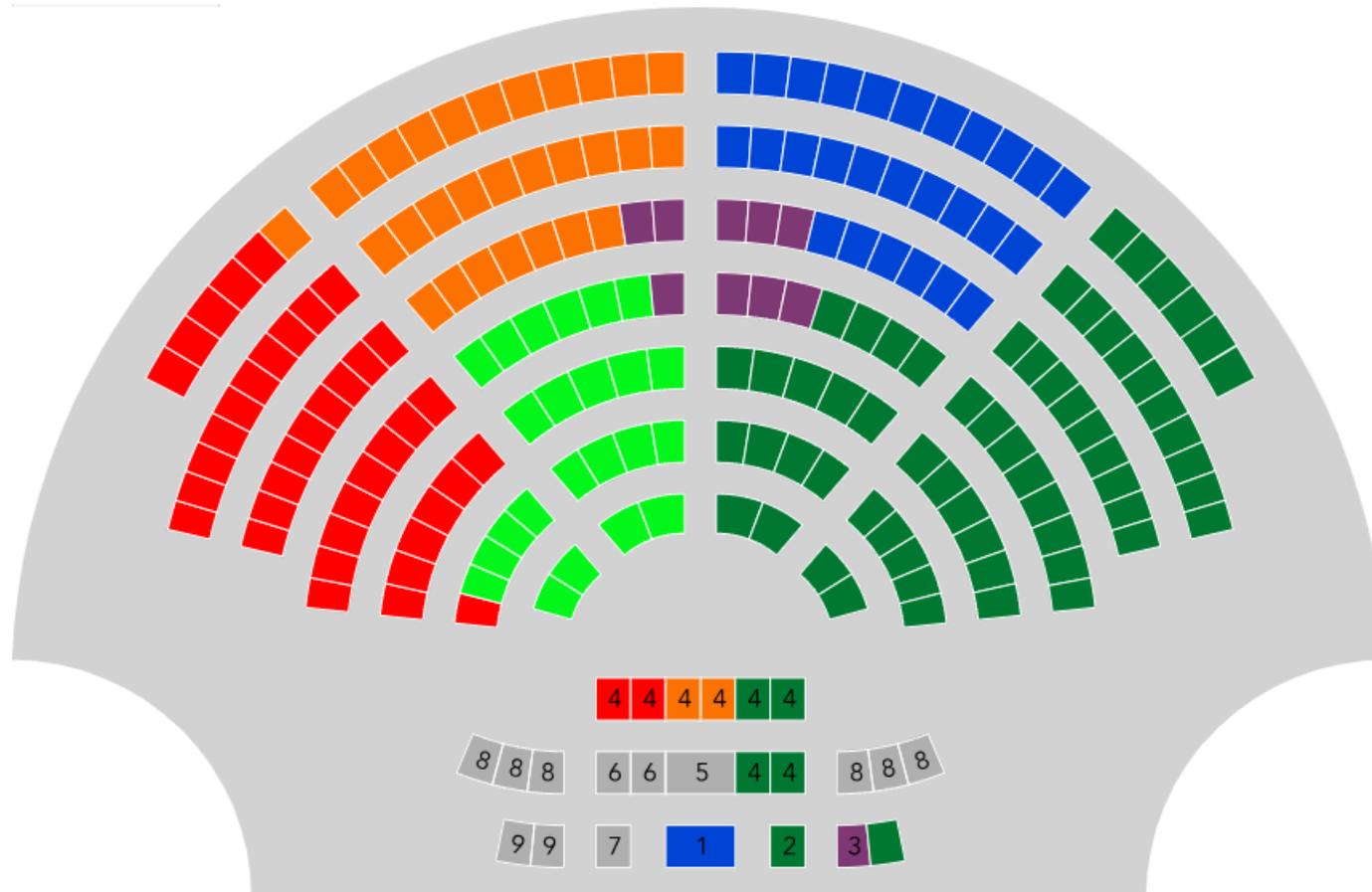


Nationalrat – Sitzverteilung nach Kantonen

 AG 16	 GR 5	 SO 6
 AR 1	 JU 2	 TG 6
 AI 1	 LU 9	 TI 8
 BL 7	 NE 4	 UR 1
 BS 5	 NW 1	 VD 19
 BE 24	 OW 1	 VS 8
 FR 7	 SG 12	 ZH 35
 GE 12	 SH 2	 ZG 3
 GL 1	 SZ 4	



Nationalrat: Sitzverteilung nach Fraktionen



- | | |
|------------------------------|------------------------|
| 1. Präsident/in | 6. Berichterstatter/in |
| 2. Erste/r Vizepräsident/in | 7. Generalsekretär/in |
| 3. Zweite/r Vizepräsident/in | 8. Bundesrat/rätin |
| 4. Stimmzähler/innen | 9. Ratssekretäre/innen |
| 5. Redner/in | |

Ständerrat

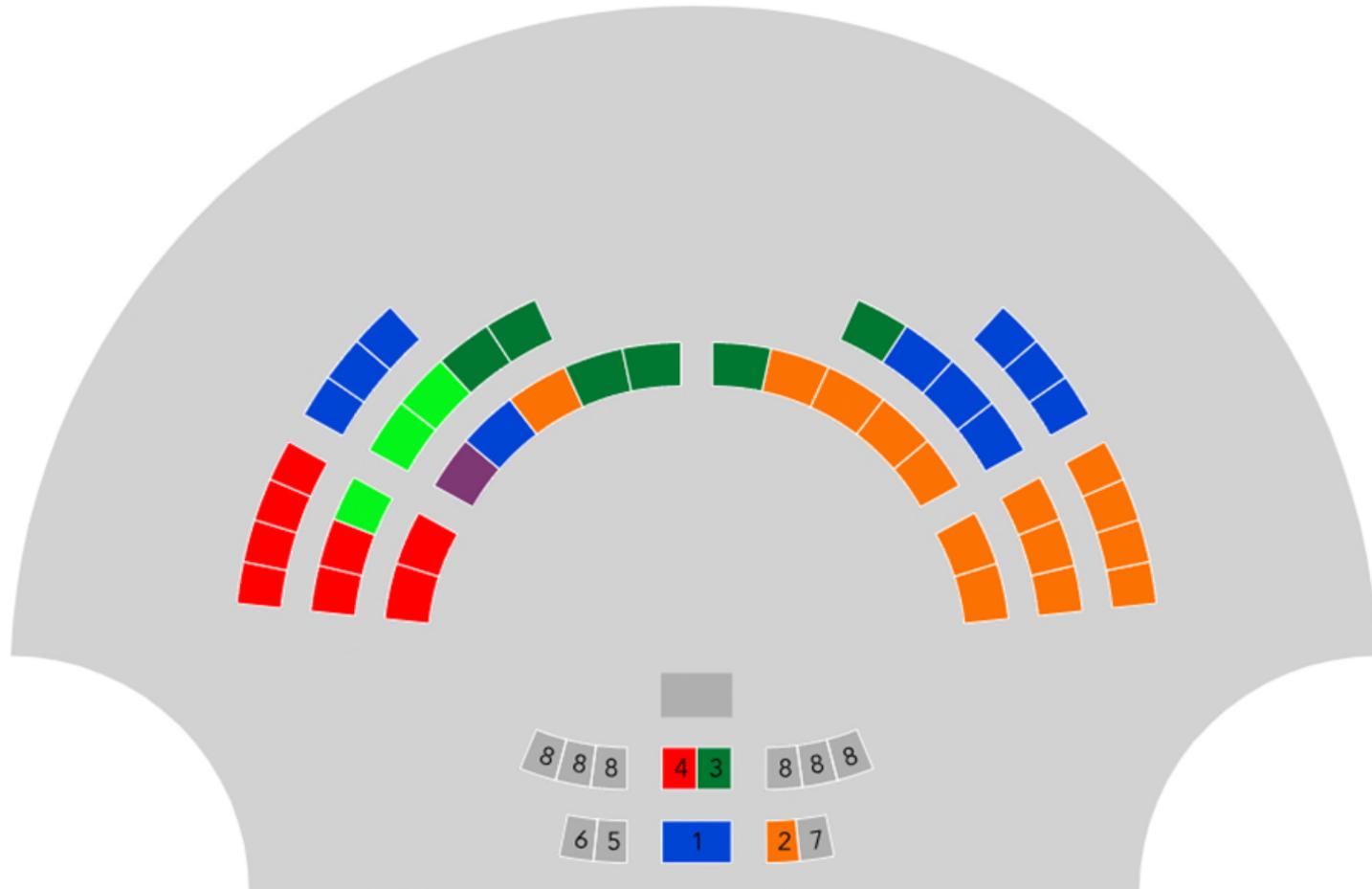


Im **Ständerat** sitzen je 2 Vertreter für die Voll- und 1 Vertreter für die Halbkantone.
Total sind es 46 Sitze.





Ständerat: Sitzverteilung nach Fraktionen



- | | |
|------------------------------|-----------------------|
| 1. Präsident/in | 5. Sekretär/in |
| 2. Erste/r Vizepräsident/in | 6. Protokollführer/in |
| 3. Zweite/r Vizepräsident/in | 7. Amtliches Bulletin |
| 4. Stimmzähler/innen | 8. Bundesrat/rätin |

Grafik: www.parlament.ch

Abstimmungen



Im Nationalrat und Ständerat wird elektronisch abgestimmt.



Abstimmungen



Mit der elektronischen Abstimmung kann der Bürger/die Bürgerin überprüfen, was die Volksvertreter gestimmt haben.



Die 12 Kommissionen



In den Kommissionen wird die eigentliche Schweizer Politik gemacht. Hier wird diskutiert, werden Konsense gesucht und auch gefunden.

Die 12 Kommissionen



25 Mitglieder im Nationalrat, 13 Mitglieder im Ständerat:

- Finanzkommission (FK)
- Geschäftsprüfungskommission (GPK)
- Aussenpolitische Kommission (APK)
- Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK)
- Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK)
- Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK)



Die 12 Kommissionen



25 Mitglieder im Nationalrat, 13 Mitglieder im Ständerat:

- Sicherheitspolitische Kommission (SiK)
- Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF)
- Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK)
- Staatspolitische Kommission (SPK)
- Kommission für Rechtsfragen (RK)
- Kommission für öffentliche Bauten (KöB)





Das parlamentarische Verfahren

Fakultatives Referendum

Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse

50'000 Stimmberechtigte oder acht Kantone können eine Abstimmung verlangen.

Obligatorisches Referendum

Beschlüsse über Total- und Teilrevision der Bundesverfassung können aufgrund einer Volksinitiative (100'000 Unterschriften) oder eines Bundesbeschlusses zustande kommen.

Achtung: Referenden müssen Volk und Ständen zur Abstimmung vorgelegt werden!



Parlamentarische Vorstösse

Parlamentarische Initiative

- Die parlamentarische Initiative gibt dem Ratsmitglied die Möglichkeit, Verfassungsartikel, Gesetze oder Bundesbeschlüsse vorzuschlagen.
- Es kann dies tun, indem es einen ausgearbeiteten Entwurf einreicht oder in einer allgemeinen Anregung beantragt, dass ein solcher Entwurf ausgearbeitet wird.

Motion

- Ein Ratsmitglied, eine Fraktion oder eine parlamentarische Kommission.
- Beide Räte müssen zustimmen.
- Verbindlicher Auftrag an den Bundesrat.
- Der Bundesrat muss zu einem bestimmten Punkt einen Gesetzes- oder Beschlusses-Entwurf vorlegen oder eine Massnahme treffen.



Parlamentarische Vorstösse

Postulat

- Beauftragt den Bundesrat zu prüfen, ob ein Gesetzes- oder ein Beschlusses-Text vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen sei.
- Nur der Rat des Postulanten/der Postulantin muss zustimmen.

Interpellation

- Auskunft über wichtige Ereignisse oder Probleme.
- Kann als dringlich erklärt werden.

Parlamentarische Vorstösse



Anfrage

- Auskunft über Angelegenheiten des Bundes.
- Der Bundesrat antwortet vor der nächsten Session schriftlich.
- Kann dringlich erklärt werden.

Quellen



www.admin.ch

www.parlament.ch

www.fdp.ch

Die Partei der Zukunft

Informationen für Lehrpersonen



1/1

Arbeitsauftrag 	<p>Die Schüler machen sich Gedanken darüber, wie die Partei der Zukunft aussieht. Sie kreieren eine Partei mit einem passenden Slogan und einem klaren Profil. Durch Brainstorming erarbeiten sich die Schüler in Gruppen die Inhalte der Partei der Zukunft. Die Ergebnisse werden anschliessend im Plenum präsentiert.</p>
Ziel 	<p>Kreativer, themennaher Exkurs zum Thema „Politik“</p>
Material 	<p>Plakat/Stifte Evtl. Stichwortblatt, das etwas führt, damit nicht am Ziel vorbeigeschossen wird.</p>
Sozialform 	<p>GA</p>
Zeit 	<p>15'</p>

Die vier Grundregeln des Brainstormings:

- Kombinieren und Aufgreifen von bereits geäusserten Ideen
- Kommentare, Korrekturen, Kritik sind verboten
- Viele Ideen in kürzester Zeit (Zeitraumen längstens 5 Minuten)
- Freies Assoziieren und Fantasieren ist erlaubt

Zusätzliche
Informationen:

Stichworte des Führungsblattes könnten sein:

- Wie tritt die Partei der Zukunft auf?
- Wie gross ist sie?
- Welche Themen vertritt sie?

Initiative, Referendum & Co.

Informationen für Lehrpersonen



1/18

<p>Arbeitsauftrag</p> 	<p>Die SuS absolvieren in Zweier- oder Dreierteams die Politik-Werkstatt-Recherche.</p>
<p>Ziel</p> 	<p>Die SuS können die unterschiedlichen Begriffe aus dem Politjargon entsprechend der jeweiligen Bedeutung dem Staatsgefüge zuordnen.</p>
<p>Material</p> 	<p>Postenblätter Lösungen</p>
<p>Sozialform</p> 	<p>GA</p>
<p>Zeit</p> 	<p>90'</p>

Zusätzliche
Informationen:

- Durch Werkstattarbeit lernen die SuS in Zweier- oder Dreiergruppen die Bedeutung von Begriffen aus dem Politjargon kennen.

Initiative, Referendum & Co.

Postenblatt



10/18

Posten 9 – Panaschieren

Aufgabe:

Panaschiert Marianne M. und Simon L. von der Partei B zur Liste von Partei A und streicht dort Cédric E. und Michel W.

Liste Nr. 01: Partei A

0101 Hanna K.

0102 Cédric E.

0103 Silvan J.

0104 Michel W.

0105 Charlotte E.

Liste Nr. 02: Partei B

0201 Werner F.

0202 Marianne M.

0203 Simon L.

0204 Esther B.

0205 Martin D.

Posten 10 – Kumulieren

Aufgabe:

Kumuliert Marianne M. von der Partei B und Hanna K. von der Partei A.

Liste Nr. 01: Partei A

0101 Hanna K.

0102 Cédric E.

0103 Silvan J.

0104 Michel W.

0105 Charlotte E.

Liste Nr. 02: Partei B

0201 Werner F.

0202 Marianne M.

0203 Simon L.

0204 Esther B.

0205 Martin D.

Initiative, Referendum & Co.

Postenblatt



13/18

Posten 13 – Zusammenfassung

Aufgabe:

Sucht 10 Wörter aus dem Politjargon!

R	I	N	I	T	I	A	T	I	V	E
E	N	R	E	N	E	B	W	A	H	L
F	T	E	Z	I	N	S	E	K	T	E
E	E	I	A	E	P	T	W	U	R	F
R	R	S	U	S	R	I	I	S	A	A
E	P	E	B	O	O	M	K	T	K	N
N	E	N	E	U	P	M	U	E	T	T
D	L	M	R	V	O	U	M	R	O	E
U	L	A	F	E	R	N	U	L	R	N
M	A	J	O	R	Z	G	L	E	E	K
L	T	O	R	A	T	E	I	H	N	U
A	I	R	M	E	I	N	E	R	R	E
R	O	Z	E	N	I	E	R	E	A	H
S	N	O	L	I	V	I	E	R	D	E
P	A	N	A	S	C	H	N	E	I	N

Initiative, Referendum & Co.

Lösung



14/18

Lösung:

Posten 1

65.31% Stimmbeteiligung, Volksabstimmung vom 28.11.2021, Volksinitiative vom 07.11.2017 «Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)» und

27.8 % Stimmbeteiligung, Abstimmung 21. Mai 2006, Bundesbeschluss vom 16. Dezember 2005 über die Neuordnung der Verfassungsbestimmung zur Bildung.

Lösung:

Posten 2

Die Hauptaufgabe von Wahlen ist eine Sachentscheidung. Wahlen dienen in politischen Systemen zur Gremiusbildung, also zur Zusammensetzung von Parlamenten und Räten auf internationaler, Bundes-, Landes-, kommunaler oder betrieblicher Ebene.

Lösung:

Posten 3

Majorzwahl = Mehrheitswahl (Anzahl Stimmen geteilt durch zwei plus eins). Proporzwahl = Verhältniswahl (die Sitze werden im Verhältnis zu allen abgegebenen Stimmen verteilt).

Lösung:

Posten 4

Unter dem Souverän versteht man den Inhaber der Staatsgewalt, in der Schweiz das Volk. Oft heisst es in Berichterstattungen über einen Volksentscheid „der Souverän hat entschieden ...“.

Initiative, Referendum & Co.

Lösung



15/18

Lösung:

Posten 5

Die Zauberformel existierte in der reinen Form von 1959 bis 2003. Sie bedeutete die festgelegte Zusammensetzung des siebenköpfigen Bundesrates (je zwei Mitglieder FDP, Die Mitte und SP und ein SVP-Mitglied).

Im Jahr 2003 wurde die Zauberformel angepasst. Im Bundesrat sassen dann je zwei Mitglieder FDP, SVP und SP und ein Die Mitte-Mitglied. Die „neue Zauberformel“ entsprach damit wieder dem damals aktuellen Wähleranteil.

Die „neue Zauberformel“ wurde aber wiederum auf den Kopf gestellt, als die SVP nach den Wahlen 2007 ihre damaligen Bundesräte Eveline Widmer-Schlumpf und Samuel Schmid aus der Fraktion und später aus der Partei ausschloss. Im Dezember 2008 wurde SVP-Vertreter Ueli Maurer in den Bundesrat gewählt. Damit hatte die SVP wieder einen parteitreuen Vertreter in der Landesregierung.

Weiterhin blieb aber die gewählte und in der Zwischenzeit zur BDP übergetretene frühere SVP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf im Bundesrat. Samuel Schmid, ebenfalls BDP-Bundesrat trat per Ende 2008 zurück und machte damit den Sitz der SVP wieder frei.

Die SVP war mit einer Vertretung (Ueli Maurer) noch nicht zufrieden und strebte an, spätestens anlässlich der Bundesratsgesamterneuerungswahlen 2011 den zweiten SVP-Sitz zurückzugewinnen und die BDP-Bundesrätin wieder aus dem Bundesratsgremium zu entfernen. Evt. sollte aber auch vorher ein frei werdender Sitz einer anderen Partei erkämpft werden. Dies misslang, da Eveline Widmer-Schlumpf im ersten Wahlgang wiedergewählt wurde.

2015 wurde Guy Parmelin in der Ersatzwahl für die zurückgetretene Eveline Widmer-Schlumpf gewählt. Somit war die SVP wieder mit zwei Sitzen im Bundesrat vertreten.

Die neuste Form der Zauberformel stand anlässlich der Ersatzwahl für FDP-Bundesrat Pascal Couchepin im September 2009 wiederum auf dem Spiel. Gewählt wurde schliesslich Didier Burkhalter aus Neuenburg von der FDP. Dies nach einem spannenden Kampf für die FDP. Rechtzeitig hatte sich der Wunschkandidat der SVP, FDP-Kandidat Christian Lüscher, zugunsten seines Parteikollegen zurückgezogen und damit die Wahl des Sprengkandidaten Urs Schwaller von Die Mitte verhindert.

Künftig wird die Zauberformel immer wieder infrage gestellt werden, wenn sich Vakanzen im Bundesrat ergeben.

Lösung:

Posten 6

Ein Referendum ist die Volksabstimmung über einen Beschluss des Parlamentes. Das Volk kann damit den bereits gut geheissenen Entscheid des Parlamentes abwenden oder verändern und bestimmen, ob der Entschluss in Kraft treten soll oder nicht. Das Referendum ist ein wichtiges Merkmal der Schweiz als halbdirekte Demokratie.

Das obligatorische Referendum verlangt, dass ein Entscheid obligatorisch dem Volk und den Ständen zur Abstimmung unterbreitet wird.

Das fakultative Referendum kann vom Volk freiwillig verlangt werden. Es benötigt 50'000 Unterschriften von Stimmberechtigten, um ein fakultatives Referendum ergreifen zu können. Ebenfalls können acht Kantone (Stände) das fakultative Referendum verlangen.

Initiative, Referendum & Co.

Lösung



16/18

Lösung:

Posten 7

Die Initiative ist das grundlegendste direktdemokratische Recht, das die Schweiz kennt. Jede/r Schweizer Stimmberechtigte hat das Recht, mit einer Initiative (auf Bundesebene sind 100'000 Unterschriften nötig) eine Änderung der Bundesverfassung zu beantragen und diese dem Stimmvolk zur Abstimmung vorlegen zu lassen. Das ist einmalig auf der Welt.

Drei erste Initiativen: Initiative für ein Verbot des Schlachtens ohne vorherige Betäubung, 20. August 1893. Initiative für ein Absinthverbot, 5. Juli 1908. Initiative für die Proporzwahl des Nationalrates, 13. Oktober 1918.

Lösung:

Posten 8

Individuelle Lösungen

Lösung:

Posten 9

Liste Nr. 01: Partei A

0101 Hanna K.

~~0202 Marianne M.~~

~~0102 Cédric E.~~

0103 Silvan J.

~~0203 Simon L.~~

~~0104 Michel W.~~

0105 Charlotte E.

Liste Nr. 02: Partei B

0201 Werner F.

~~0202 Marianne M.~~

~~0203 Simon L.~~

0204 Esther B.

0205 Martin D.

Initiative, Referendum & Co.

Lösung



17/18

Lösung:

Posten 10

Liste Nr. 01: Partei A

0101 Hanna K.

0102 Cédric E.

0103 Silvan J.

0101 Hanna K.

~~0104 Michel W.~~

0105 Charlotte E.

Liste Nr. 02: Partei B

0201 Werner F.

0202 Marianne M.

0203 Simon L.

0202 Marianne M.

~~0204 Esther B.~~

0205 Martin D.

Lösung:

Posten 11

24 Prozent wollen Komplementärmedizin

Bern. 64 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer möchten laut dem Gesundheitsmonitor 2007 nicht, dass die Komplementärmedizin von der Grundversicherung abgedeckt wird.

Nur 24 Prozent wollen, dass die obligatorische Grundversicherung wieder die Kosten der Komplementärmedizin trägt, wie Claude Longchamp, Leiter des gfs.bern, gestern vor den Medien ausführte. Aus der Politik erhält die Komplementärmedizin jedoch Rückendeckung. **In einer Motion verlangt die St. Galler Ständerätin Erika Forster vom Bundesrat**, die Homöopathie, die anthroposophische Medizin und die traditionelle chinesische Medizin neu beurteilen zu lassen.

Die Vereinigung der Schweizer Naturheiler (NVS) ihrerseits strebt eine landesweite Regulierung der Komplementärmedizin an. (sda)

Lösung:

Posten 12

Auf Bundesebene sind Interpellationen ein Werkzeug des Bundesrates. Sie können von jedem Mitglied eines der beiden Räte (National- oder Ständerat) eingereicht werden. Der Interpellant verlangt vom Bundesrat schriftlich Auskunft über irgendeine Angelegenheit der Politik oder Bundesverwaltung. Der Bundesrat antwortet ebenfalls schriftlich.

Initiative, Referendum & Co.

Lösung



18/18

Lösung:

Posten 13

R	I	N	I	T	I	A	T	I	V	E
E	N	R	E	N	E	B	W	A	H	L
F	T	E	Z	I	N	S	E	K	T	E
E	E	I	A	E	P	T	W	U	R	F
R	R	S	U	S	R	I	I	S	A	A
E	P	E	B	O	O	M	K	T	K	N
N	E	N	E	U	P	M	U	E	T	T
D	L	M	R	V	O	U	M	R	O	E
U	L	A	F	E	R	N	U	L	R	N
M	A	J	O	R	Z	G	L	E	E	K
L	T	O	R	A	T	E	I	H	N	U
A	I	R	M	E	I	N	E	R	R	E
R	O	Z	E	N	I	E	R	E	A	H
S	N	O	L	I	V	I	E	R	D	E
P	A	N	A	S	C	H	N	E	I	N

Parteilandschaft Schweiz

Informationen für Lehrpersonen



1/8

<p>Arbeitsauftrag</p> 	<p>In einer Kurzpräsentation wird auf einem einfachen Level die Parteienlandschaft der Schweiz vorgestellt.</p>
<p>Ziel</p> 	<p>Die SuS benennen die grössten Parteien der Schweiz und wissen, was die jeweiligen Abkürzungen bedeuten.</p>
<p>Material</p> 	<p>Powerpoint-Folien Informationstexte</p>
<p>Sozialform</p> 	<p>Plenum</p>
<p>Zeit</p> 	<p>10'</p>

Zusätzliche
Informationen:

- Die SuS fassen ihre Gedanken zusammen.
Die Informationstexte dienen als zusätzliche Gedankenstütze und werden erst am Schluss verteilt.

Parteilandschaft Schweiz

Informationsblätter



2/8

Aufgabe:

Nach dem Vortrag könnt Ihr eure Gedanken zusammenfassen; diese Informationstexte dienen als zusätzliche Gedankenstütze.

FDP
Die Liberalen

FDP. Die Liberalen

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz wurde als „Patriotische Assoziation“ im Jahr 1831 gegründet, die sich als „Schutzverein für die Freiheit“ bezeichnete. 1847 wurde der „Schweizerische Volksverein“ ins Leben gerufen, schief jedoch nach der Gründung des Bundesstaates 1848 ein und wurde im Jahr 1873 wieder zum Leben erweckt, als es darum ging, die Bundesverfassung zu revidieren. Die Organisation fiel nach der Annahme der Verfassung wieder auseinander, denn sie hatte keine leitende Idee und kein Ziel, wofür sie kämpfen konnte. Die „Radikal-Demokratische Gruppe der Bundesversammlung“ wurde 1878 gegründet und fasste mit den Liberalen, den Radikalen und den Demokraten verschiedene Richtungen an „Freisinnigen“ zusammen. Die Gründung der Freisinnig-demokratischen Partei im heutigen Sinne erfolgte im Jahr 1894 im Bahnhofbüffet in Olten. 1917 formierten sich Teile der Partei zur BGB (Schweizer Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei), der heutigen SVP. Zwei Jahre später wurde das Proporzwahlverfahren eingeführt, das die Mandate der Freisinnigen im Parlament von 104 auf 63 reduzierte. Bis 1959 war die Partei im Bundesrat aber weiterhin überproportional vertreten, bis die Zauberformel eingeführt wurde, die nur noch zwei Bundesratssitze vorsah.

FDP.Die Liberalen wurde am 1. Januar 2009 gegründet und ist eine der jüngsten Parteien der Schweiz. Sie entstand aus der Fusion der zwei Gründerparteien der modernen Schweiz – der FDP Schweiz und der Liberalen Partei Schweiz.

Die FDP.Die Liberalen hält im Nationalrat heute 29 Sitze und im Ständerat über 12 von 46 Sitzen. Seit 1848 ist die heute drittstärkste Partei im Bundesrat ununterbrochen vertreten und stellte bis zum Rücktritt von Marianne Huber-Hotz bei den Wahlen 2007 ebenfalls die Bundeskanzlerin. Die FDP gilt als staatstragende Partei der Schweiz, weil sie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Schweiz massgeblich formte. Ende April 2006 hat sich die FDP ein neues Erscheinungsbild verpasst, mit dem sie den beabsichtigten Aufbruch signalisiert – weg von sinkenden Mitgliederzahlen, unklaren Ausrichtungen und verstaubtem Image.

Die FDP will eine junge, sensible, urbane und frauenfreundliche Partei sein, die sich auf vier Themen konzentriert: die intelligente Schweiz, die wachsende Schweiz, die gerechte Schweiz und die offene Schweiz. Die FDP verkörpert liberale, freiheitliche und demokratische Werte. Ihre Politik ist geprägt von Toleranz, Gemeinsinn, Verantwortungsbewusstsein, ganzheitlichem Denken und Handeln.

Ende Februar 2009 fusionierte die FDP mit der Liberalen Partei der Schweiz. Die Partei nennt sich fortan „FDP. Die Liberalen“ und passte auch das Logo an. Die Delegiertenversammlung bestätigte die wichtigen Prinzipien: Arbeitsplätze unterstützen, keine Überregulierung, Sicherung guter Rahmenbedingungen für den Finanzplatz und Verhindern der Schuldenwirtschaft. Mit diesen Prinzipien soll die Schweiz in Krise und Aufschwung eine gute Position erhalten.

Einige wichtige Köpfe der FDP: Bundesräte Ignazio Cassis und Karin Keller-Sutter, Ex-Bundesrat Johann Schneider-Ammann und Hans-Rudolf Merz (Bundespräsident 2009), Parteipräsident Thierry Burkart, Fraktionspräsident Damien Cottier, Felix Gutzwiller, Elisabeth Kopp (erste Bundesrätin der Schweiz), die ehemaligen Parteipräsidenten, Gerold Bührer, Rolf Schweizer, Ex-Bundesrat und UBS-VR-Präsident Kaspar Villiger.

Parteilandschaft Schweiz

Informationsblätter



3/8



Die Mitte (früher CVP)

Die Mitte ist eine Partei mit einem breiten Spektrum, das von links der Mitte bis zur konservativen Rechten reicht. Seit den Gesamterneuerungswahlen von 2019 hält die Partei im Nationalrat 31 Sitze, im Ständerat 14 Sitze.

1840 unterzeichneten Vertreter einer konservativen Volksbewegung unter Bauernführer Josef Leu von Ebersol die Ruswiler Erklärung, die sich gegen den liberalen Zeitgeist wandte. Etwas später wurde an gleicher Stelle die Katholisch-Konservative Partei gegründet. Im Jahr 1957 wurde die Partei in Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei umbenannt, und Anfang der 1970er Jahre unterzog sich die damalige CVP einer Erneuerung, bei der die Namenswahl viel zu reden gab. Die Christlichdemokratische Volkspartei wurde erst im Jahr darauf gegründet. Das Ende der bisherigen Zauberformel fand mit der Abwahl der CVP-Bundesrätin Ruth Metzler am 10. Dezember 2003 statt, da die Parteistärke der vier Regierungsparteien sich verändert hatte. Seither ist nur noch eine CVP-Vertreterin im Bundesrat. Die damalige CVP erhielt während der Präsidentschaft der Ex-Bundesrätin, Doris Leuthard, eine klare Linie und hat seither in mehreren kantonalen Parlamenten an Stimmen und Mandaten zugelegt. Aus diesem Grunde fordert die Partei immer wieder einen zweiten Bundesratssitz. Für die Bundesratsersatzwahlen vom September 2009 wurde der Freiburger Urs Schwaller nominiert, unterlag aber schliesslich dem FDP-Vertreter Didier Burkhalter.

Das Parteiprogramm von der Mitte ist liberal-sozial und verbindet im Sinne der sogenannten sozialen Marktwirtschaft liberale Grundsätze mit der Gewährleistung von sozialen Grundrechten. Die Expansion in den reformierten Kantonen, in denen die Mitte eine soziale und liberale Politik betreibt, steht der traditionellen Rolle der Mitte in den katholischen Kantonen gegenüber. Teile des sozialen Flügels haben sich Ende der 1980er Jahre wieder von der Mitte gelöst, da sie ihre Interessen in der gemeinsamen Partei zu wenig vertreten sahen. Damit wurde die Christlichsoziale Partei der Schweiz (CSP) reaktiviert.

Im Zuge der EWR-Abstimmung (Europäischer Wirtschaftsraum), bei der die Mitte sich für eine Teilnahme aussprach, gründeten katholisch-fundamentalistische Kreise im Jahr 1992 die ultrakonservativ-nationalistische Katholische Volkspartei (KVP), die aber eine Splittergruppe blieb. Die Mitte versteht sich als Familienpartei.

Einige Köpfe: Bundesrat Martin Pfister, Ex-Bundesrätin Viola Amherd, Ex-Bundesrätin Doris Leuthard; Parteipräsident Gerhard Pfister; Fraktionspräsident Philipp Matthias Bregy, Ex-Bundesrätin Ruth Metzler; Ex-Bundesrat Joseph Deiss; Ex-Ständerat Carlo Schmid; Bundeskanzler Walter Thurnherr.

Parteilandschaft Schweiz

Informationsblätter



4/8



Sozialdemokratische Partei der Schweiz SP

Bevor es zur Gründung der heutigen Sozialdemokratischen Partei kam, wurden im 19. Jahrhundert verschiedene Arbeiterorganisationen wie zum Beispiel der Schweizerische Gewerkschaftsbund gegründet. Diese Arbeiterparteien hatten aber meist nur kurz Bestand, bis dann am 21. Oktober 1888 anlässlich des Schweizerischen Arbeitertages die SP gegründet wurde. Das Majorzwahlverfahren hinderte die Partei, trotz Stimmenzuwaches lange Zeit am Ausbau der politischen Macht. Die erste SP-Initiative zur Einführung des Proporzwahlverfahrens wurde 1910 abgelehnt. Acht Jahre später wurde eine erneute Initiative via Referendum jedoch vom Volk angenommen. Bei den ersten Nationalratswahlen, die nach dem Verhältniswahlrecht im Jahr 1919 durchgeführt wurden, verdoppelte die SP ihre Mandate von 20 auf 41. Bald schon forderte die Partei Regierungsbeteiligung. Im Jahr 1943 ging die SP mit 56 Sitzen als stärkste Fraktion hervor. Mit Ernst Nobs wurde auch erstmals ein Sozialdemokrat in den Bundesrat gewählt. Seit der Einführung der Zauberformel 1959 ist die SP mit zwei Sitzen im Bundesrat vertreten. Nach den Wahlen 2019 ist die SP mit 39 Sitzen im Nationalrat und 7 Sitzen im Ständerat vertreten und hinter der SVP zweitstärkste Partei der Schweiz.

Die SP vertritt in ihrer Politik traditionell sozialdemokratische, „linke“ Positionen. Dazu gehört ihr Eintreten für einen starken Staat, gegen wirtschaftliche, aber für gesellschaftliche Liberalisierung, für eine aussenpolitische Öffnung der Schweiz und eine auf dem Pazifismus beruhende Sicherheitspolitik. Die SP lehnt in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik wirtschaftsliberale Anliegen wie Deregulierung, Senkung von Steuern und Staatsausgaben und Einsparungen bei den Sozialversicherungen ab. Sie strebt die Umverteilung von oben nach unten an und steht der Privatisierung von ehemaligen Staatsbetrieben und der Abschaffung von Monopolen (Swisscom, Post, Strommarkt, Fernsehen etc.) skeptisch gegenüber.

Köpfe: Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider, Bundesrat Beat Jans, Ex-Bundesrat Alain Berset, Ex-Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Parteipräsidenten Cédric Wermuth und Mattea Meyer, Ex-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Ex-Bundesrat Moritz Leuenberger, die ehemaligen Bundesräte Ernst Nobs, Pierre Graber, Hans-Peter Tschudi, Willy Ritschard, Otto Stich, Ex-Bundesrätin Ruth Dreifuss.

Parteilandschaft Schweiz

Informationsblätter



5/8



Schweizerische Volkspartei (SVP)

Die Schweizerische Volkspartei wandelte sich von der zentristischen Bauernpartei ab den 1980er Jahren allmählich zu einer bürgerlich-konservativen Volkspartei. Sie positioniert sich heute erfolgreich mit einem auffälligen Oppositionskurs zur Regierungsmehrheit und einer kompromisslosen Rhetorik, mit der sie sich aber oft Vorwürfe des Rechtspopulismus und der Polarisierung einheimst. Nachdem die Partei lange Zeit auf Rang vier der wählerstärksten Parteien blieb, erhöhte die SVP den Wähleranteil in den letzten Wahlen stetig und wurde schliesslich mit 68 Nationalratssitzen und 6 Ständeratsmandaten, wiederum als stärkste Partei bestätigt. Sie errang 2003 auch erstmals eine relative Mehrheit und setzte deshalb ihren Anspruch auf einen zweiten Bundesratsitz durch. Nach der Abwahl von Bundesrat Christoph Blocher im Dezember 2007 und der demokratischen Wahl einer SVP-Nachfolgerin schloss die SVP ihre beiden amtierenden Bundesräte Eveline Widmer-Schlumpf und Samuel Schmid aus der Fraktion aus und kündigte die weitere Politik in der Opposition an, da man in der Regierung nun nicht mehr vertreten sei.

Absplittung eines beachtlichen Teiles der Partei im Jahr 2008 in verschiedenen Kantonen, als Antwort auf die Rauschmisse der Bundesräte Eveline Widmer-Schlumpf und Samuel Schmid und der Kantonalpartei Graubünden. Die SVP-Vertreter der alten Garde sehen die Parteiausschlüsse als notwendige Massnahme gegen alle Parteimitglieder, die eine Abwahl von Ex-Bundesrat Christoph Blocher im Dezember 2007 nicht vehement bekämpften und die Wahl der damals noch SVP-Bundesräte Schmid und Widmer-Schlumpf akzeptierten. Neugründung der Bürgerlich demokratischen Partei der Schweiz im November 2008, nachdem in verschiedenen Kantonen wie Graubünden, Bern oder Glarus bereits während der Sommermonate einzelne Bezirks- und Kantonalparteien gegründet worden waren.

Weitere Kantonalparteigründungen folgten, doch die Partei erhielt erst Ende Februar 2009, mit der Wahl von Nationalrat Martin Landolt aus Glarus, Fraktionsstärke. In der Märzsession 2009 regierte die BDP erstmals als Bundesratspartei mit, da sie nun die nötigen fünf Fraktionsmitglieder vorweisen konnte. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf regierte damit nicht mehr ohne Fraktionsunterstützung.

Der abgewählte Ex-Bundesrat Christoph Blocher stellte sich im Dezember 2008 für die Ersatzwahl von Bundesrat Samuel Schmid nochmals als Bundesratskandidat zur Verfügung, doch es wurde im Vorfeld der Wahl bereits klar, dass er keine Wahlchancen mehr haben würde. Die SVP schaffte die Rückkehr in die Landesregierung mit der Wahl von Bundesrat Ueli Maurer, der bekräftigte, die Konkordanz zu akzeptieren und sich als gewählter Bundesrat, aus parteipolitischen Spielen herauszuhalten.

Die SVP vertritt in ihrem Programm vor allem national-konservative Positionen. Sie bekämpft den EU-Beitritt und tritt für eine strikte Neutralität des Landes ein. Dazu gehört auch die Opposition gegen die Einbindung der Armee in ausländische Organisationen und gegen die Präsenz von Schweizer Soldaten im Ausland. In der Migrationspolitik setzt sich die Partei für die Verschärfung des Asylrechts und die Eindämmung der Migration ein.

Einige SVP-Köpfe: Bundesrat Guy Parmelin, Bundesrat Albert Rösti, Ex-Parteipräsident und Ex-Bundesrat Ueli Maurer, Ex-Bundesrat Christoph Blocher, Ex-Bundesrat Samuel Schmid (heute BDP), Ex-Bundesrat Adolf Ogi, Parteipräsident Marco Chiesa, Ex-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (heute BDP), Fast-Bundesrat Hansjörg Walter (es fehlte lediglich seine eigene Stimme zur Wahl als Bundesrat im Dezember 2008).

Parteilandschaft Schweiz

Informationsblätter



6/8



Grüne Partei der Schweiz

Im Zentrum der Politik der Grünen Partei der Schweiz steht die ökologische, soziale und weltoffene Schweiz. Mit dem Beitritt zur EU wollen die Grünen Verantwortung übernehmen und dort mitbestimmen, wo Entscheide gefällt werden. In Ausländerfragen fordern die Grünen eine offensive Integrationspolitik und eine erleichterte Einbürgerung, insbesondere für junge ausländische Menschen. Der Energiepreis soll erhöht werden und der Ertrag für Sozialversicherungen eingesetzt werden.

Die Grüne Partei der Schweiz ist die stärkste Partei, die nicht im Bundesrat vertreten ist. Bei den Parlamentswahlen 2007 verzeichneten die Grünen einen Wähleranteil von 9,6 Prozent und sicherten sich 12 Nationalrats- und einem Ständeratssitz. Die Ursprünge liegen in der Westschweiz. Weitere Schwerpunkte, die aus der 68er Bewegung hervorgingen, waren stark linker Richtung, insbesondere aus der POCH (Progressive Organisationen der Schweiz) der 1970er Jahre und frühen 1980er Jahre entstammend. Oft wurden die Grünen als „Gurken“, mit der Ökologie als Hauptprogramm, oder „Melonen“ (aussen grün, innen rot) mit sozialpolitischem und weniger ökologischem Engagement bezeichnet. Mehrmals totgesagt, legte die Grüne Partei immer wieder an Wähleranteil zu, insbesondere in den 1990er Jahren, als der Umweltschutz besonders thematisiert wurde.

Einige Köpfe: Präsident Balthasar Glättli, Fraktionspräsidentin Aline Trede, Geri Müller, Ruth Genner, Cécile Bühlmann, Maya Graf, Ex-Parteipräsident Ueli Leuenberger, Therese Frösch, Ruedi Baumann, Bundesratskandidat 2008 Luc Recordon.

Parteilandschaft Schweiz

Informationsblätter



7/8



Grünliberale Partei Schweiz

Die Grünliberale Partei will eine liberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik mit einer nachhaltigen Umweltpolitik verbinden. Die Partei ist seit den Schweizer Parlamentswahlen 2015 mit sieben Sitzen im Nationalrat und in fünfzehn kantonalen Parlamenten vertreten.

Die Grünliberalen der Kantone Zürich und St. Gallen haben am 20. Juli 2007 offiziell eine nationale Partei gegründet. Die beiden Kantonalsektionen haben sich an den Schweizer Parlamentswahlen 2007 beteiligt. Bei den Nationalratswahlen gewann die glp 1,4 % der Stimmen und drei Nationalratssitze im Kanton Zürich. Die frühere Zürcher Regierungsrätin Verena Diener wurde zudem im zweiten Wahlgang in den Ständerat gewählt. Für die 48. Legislaturperiode schloss sich die glp mit CVP und EVP des Nationalrates in einer gemeinsamen Fraktion zusammen.

Nach Gründung der nationalen Partei wurden in den beiden folgenden Jahren in den meisten Deutschschweizer Kantonen Sektionen gegründet; im Jahr 2010 schliesslich auch in den französischsprachigen Kantonen Genf und Waadt. Die Grünliberalen traten zwischen 2007 und 2008 bei verschiedenen kantonalen Wahlen in der Deutschschweiz an und konnten dabei jeweils zwischen einem und sechs Sitzen in den Kantonsparlamenten gewinnen. Weitere Kantonsparlamentarier gewann die glp durch Übertritte aus anderen Parteien.

Die Grünliberalen sehen sich als Partei der politischen Mitte und stehen damit nicht links wie die Grüne Partei der Schweiz. Sie wollen eine liberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik konsequent mit einer nachhaltigen Umweltpolitik verbinden. Differenzen zur Grünen Partei bestehen insbesondere in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen. Die Grünliberale Partei versucht die Wirtschaft mit der Umwelt zu versöhnen.

Einige wichtige Köpfe der GLP: Präsident Jürg Grossen, Nationalrätin Melanie Mettler, Nationalrätin und Fraktionspräsidentin Tiana Angelina Moser, Nationalrat Jörg Mäder

Parteilandschaft Schweiz

Informationsblätter



8/8



Evangelische Volkspartei

Am 4. März 1917 wurde in der Freien Kirche Uster die «Protestantisch-christliche Partei» gegründet und 1918 in Bern die «Politische Vereinigung christlicher Bürger». Auf Initiative der Berner wurde vor den Nationalratswahlen 1919 die Evangelische Volkspartei der Schweiz in Brugg gegründet. Bei diesen Wahlen gelang der EVP der Gewinn eines Nationalratssitzes im Kanton Zürich.

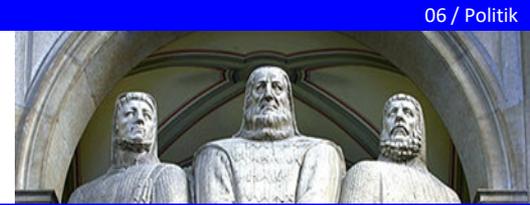
Ab 1951 bildete die EVP im Nationalrat eine gemeinsame Fraktion mit den Demokraten, danach zwischen 1971 und 1979 mit der Liberalen Partei, anschliessend ab 1979 bis zu dessen Auflösung 1999 mit dem Landesring der Unabhängigen.

Rund 51 Prozent der EVP-Mitglieder kommen aus Freikirchen und 46,5 Prozent aus der reformierten Landeskirche. Die übrigen Mitglieder gehören der Evangelisch-methodistischen Kirche und vereinzelt der Römisch-Katholischen Kirche an.

Bei Fragen der Umverteilung und der Bildung sowie bei Umweltthemen, Ausländer- und Asylpolitik steht die EVP eher links; bei Themen wie Sterbehilfe, Abtreibung oder Partnerschaftsgesetz ist sie eher konservativ. In wirtschafts- und finanzpolitischen Sachfragen vertritt die EVP Positionen der politischen Mitte.

Einige wichtige Köpfe der EVP: Präsidentin Lilian Studer, Vizepräsident Nik Gugger, Vizepräsident François Bachmann, Generalsekretär Roman Rutz

Die Parteien – ein Kurzporträt



FDP
Die Liberalen

Freisinnig-Demokratische Partei. Die Liberalen

- gegründet 1894 als Schweizerische Partei
- Partei, die am meisten den Staatsaufbau formte
- Hat seit Ende April 2006 ein junges und neues Erscheinungsbild
- Mission der FDP ist die Verteidigung und Förderung der liberalen Werte. Diese Werte - Eigenverantwortung, Leistungswille, Bescheidenheit, Qualitätsdenken und Offenheit - bilden die Basis der modernen Schweiz.
- Februar 2009: Fusion der FDP mit der Liberalen Partei der Schweiz. Namensänderung zu FDP.Die Liberalen.



Die Parteien – ein Kurzporträt



Freiheit. Solidarität.
Verantwortung.

Die Mitte

- Vor allem als Familienpartei bekannt
- Liberal-soziales Parteiprogramm
- Partei mit breitem Wählerspektrum von links der Mitte bis zur konservativen Rechten
- Seit der Abwahl von Bundesrätin Ruth Metzler 2003 mit nur noch einem Sitz im Bundesrat vertreten
- Verschiedene Versuche, den zweiten Bundesratssitz zurückzuholen, scheiterten.



Die Parteien – ein Kurzporträt



Sozialdemokratische Partei der Schweiz

- Gegründet aus der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts
- Eine gewisse Macht erst durch den Wechsel vom Majorz- zum Proporzwahlverfahren
- Regierungsbeteiligung seit 1943
- Heute zweitstärkste Partei



Die Parteien – ein Kurzporträt



Schweizerische Volkspartei

- Früher Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, gegründet 1936
- Erste Erfolge in den 80er Jahren
- Seit den 90er Jahren im Aufwind
- Seit 2003 zwei Bundesratssitze (bis 2008 und ab 2016)
- Nach der Abwahl von Bundesrat Blocher und der Wahl von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf im Dezember 2007 Abspaltung eines Teils der Partei. Bis zur Wahl des linientreuen Bundesrats Ueli Maurer im Dezember 2008 ohne Regierungsbeteiligung.
- Die Abspaltung zahlreicher Mitglieder verschiedener Kantonsparteien und die Neugründung der BDP Schweiz im November 2008 sind Antwort auf das „Oppositionsverständnis“ der Anhänger von Ex-Bundesrat Blocher und des Rausschmisses der SVP Graubünden, weil diese die Wahl der Bündner Bundesrätin unterstützte.



Die Parteien – ein Kurzporträt



Grüne Partei der Schweiz

- Steht besonders für Ökologie, soziale und weltoffene Schweiz
- Stärkste Partei, die nicht im Bundesrat vertreten ist
- Ging aus der 68er Bewegung hervor
- Besonders wählerstark in den 90er Jahren, als der Umweltschutz stark thematisiert wurde.
- Wahlsiegerin bei den Nationalrats- und Ständeratswahlen 2007
- Die Forderung nach Bundesratsvertretung nimmt bei jeder Vakanz zu.

Die Parteien – ein Kurzporträt



grünliberale

Grünliberale Partei Schweiz

- Steht in der politischen Mitte
- Verbindet eine liberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik mit einer nachhaltigen Umweltpolitik
- Offizielle nationale Partei seit dem 20. Juli 2007

Recherche: Die Parteien

Informationen für Lehrpersonen



1/2

<p>Arbeitsauftrag</p> 	<p>In Gruppen eingeteilt und je mit einer Partei versehen erstellen die Gruppen ein Informationsplakat zur jeweiligen Partei. Anschliessend Präsentation mit Inputs von Seiten der LP.</p>
<p>Ziel</p> 	<p>Die SuS erarbeiten ein konzentriertes Parteienwissen.</p>
<p>Material</p> 	<p>Diverse Medien: Internet, Flipchart, Farben, Klebematerial Auftragsbeschreibung Informationstexte von Aufgabe 07</p>
<p>Sozialform</p> 	<p>GA Plenum</p>
<p>Zeit</p> 	<p>60'</p>

Zusätzliche
Informationen:

- Das Informationsplakat über die Parteien beinhaltet Punkte wie Namen, Parteigrösse, Köpfe, Überzeugungen etc.
- Recherche im Internet, bei den verschiedenen Parteizentralen etc., Erstellen eines übersichtlichen und kommunikativen Parteienplakates

Recherche: Die Parteien

Auftragsbeschreibung



2/2

Aufgabe: Lest den Aufgabenbeschreibung gut durch, bevor ihr mit den Arbeiten beginnt.

Auftragsbeschreibung

- Erstellt in Gruppen ein aussagekräftiges Plakat über die von eurem Team ausgeloste Partei und stellt die Erkenntnisse danach euren Klassenkameraden vor!
- Es stehen euch verschiedene Medien zur Verfügung: Internet, Flipchart, Farben, Klebematerial ...
- Visualisiert die folgenden Punkte:
 - Parteiname
 - Grösse der Partei
 - Schwerpunktthemen
 - Wähleranteil
 - Überzeugungen
- Versucht die Haltung und Philosophie der Partei gestalterisch-kreativ umzusetzen!



Interrupt: Politikergespräche

Informationen für Lehrpersonen



1/6

Arbeitsauftrag 	Diskussion in Kleingruppen, Verfassen von Texten, Kleben
Ziel 	Kreativer, themennaher Exkurs
Material 	Bildersammlung
Sozialform 	GA
Zeit 	20'

Zusätzliche
Informationen:

- Mit Sprechblasen sollen Politiker/-innen Worte in den Mund geschoben werden.
- Achtung: Die Lehrperson muss die Arbeit gut überwachen, damit keine obszönen Äusserungen verfasst werden!
- Die witzigsten oder gelungensten Aussagen im Plenum vorstellen lassen!

Interrupt: Politikergespräche

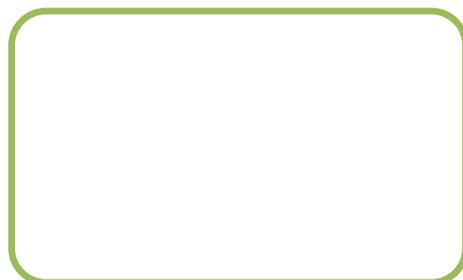
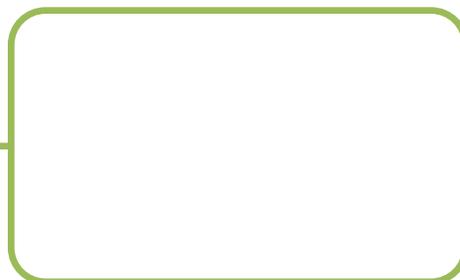
Bildersammlung



2/6



Alt-Bundesrat Christoph Blocher (SVP)



Alt-Bundesrat Moritz Leuenberger (SP)



Didier Burkhalter, Alt-Bundesrat FDP. Die Liberalen



Interrupt: Politikergespräche

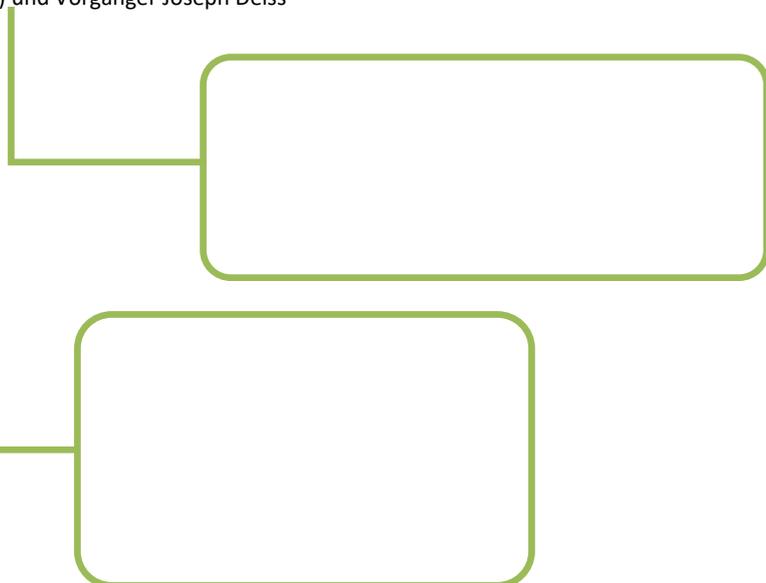
Bildersammlung



Alt- Bundesrätin Doris Leuthard (CVP (neu → die Mitte)) und Vorgänger Joseph Deiss



Alt-Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP)

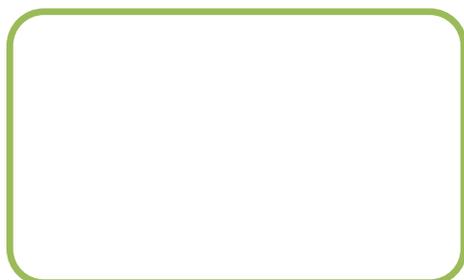


Interrupt: Politikergespräche

Bildersammlung



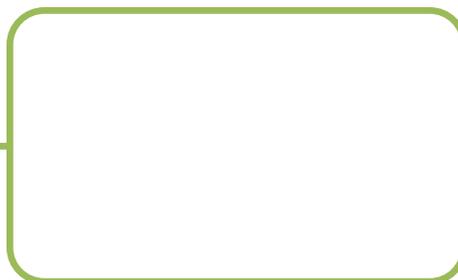
4/6



Alt-Bundesrat Samuel Schmid (BDP)



Christophe Darbellay, Regierungsrat und
Alt-Bundesrat Ueli Maurer



Interrupt: Politikergespräche

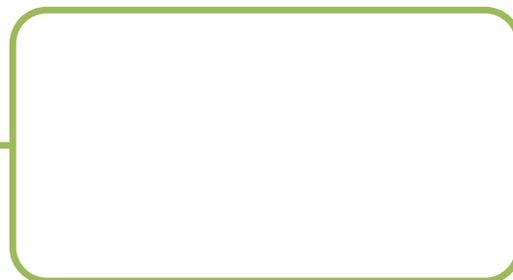
Bildersammlung



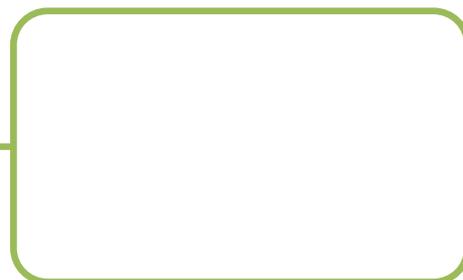
5/6



Petra Gössi, Ex-Präsidentin FDP. Die Liberalen Schweiz



Albert Rösti, Bundesrat, SVP

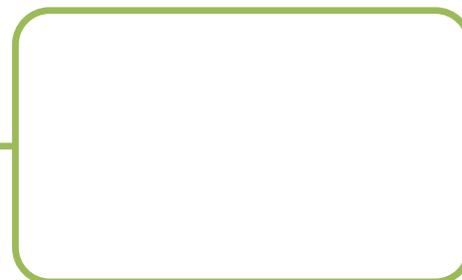


Interrupt: Politikergespräche

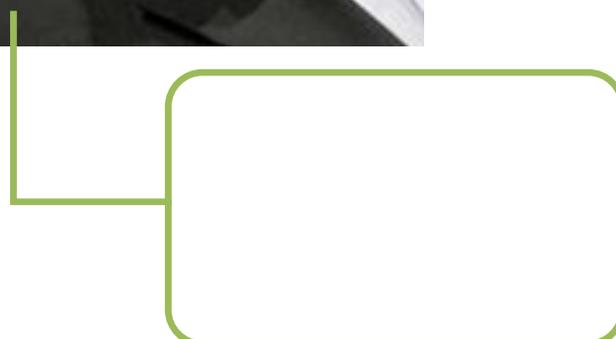
Bildersammlung



Alt-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) und Schweizerin des Jahres 2008



Christian Levrat, Ex-Parteipräsident SP Schweiz



Abstimmungsplakat

Informationen für Lehrpersonen



1/2

<p>Arbeitsauftrag</p> 	<p>Ein ausgewähltes Thema aus der Gemeinde soll mit Hilfe eines Abstimmungsplakates angeheizt werden. Die Schülergruppen kreieren gemäss ihren Überzeugungen diese Plakate.</p>
<p>Ziel</p> 	<p>Die Schüler stellen Meinungen klar, ersichtlich und provokativ dar.</p>
<p>Material</p> 	<p>Arbeitsvorgabe, Funktionspanels, Bildersammlung bestehender Abstimmungsplakate</p>
<p>Sozialform</p> 	<p>GA</p>
<p>Zeit</p> 	<p>20'</p>

Zusätzliche
Informationen:

- Analyse von bestehenden Plakaten, Umsetzung in eigene Kreationen

Abstimmungsplakat

Bildersammlung



<p>Solidarisch und gerecht.</p> <p>JA zur RENTEN-REFORM</p> <p><small>Rechtsministerin Eveline Widmer-Schlumpf</small></p> <p>CVP</p>	<p>DIE BÜRGERLICHE NR. 1 FÜR EINE OFFENE GESELLSCHAFT</p> <p>BDP</p> <p><small>Präsidentin Eveline Widmer-Schlumpf</small></p>	<p>Freipass für alle?</p> <p>Nein</p> <p><small>8. Februar</small></p> <p>SVP</p>
<p>FDP Die Liberalen</p> <p>Verbilligungen sinnlos verteilen?</p> <p>NEIN zur Prämien-Initiative.</p>	<p>Grossratswahlen LISTE 11</p> <p>WIRTSCHAFT STÄRKEN UMWELT SCHÜTZEN ZUKUNFT WÄHLEN</p>	<p>FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE</p> <p>ja <small>SP</small></p>
<p>Frei und sicher.</p> <p>Ich will's. Ich wähl's. SVP</p>	<p>grünliberale</p> <p>GRÜNE <small>aus den Sozialen</small></p> <p>FÜR WENIGER FUSSABDRUCK GRÜNE WÄHLEN!</p> <p><small>Kantonale und Bundesratswahlen 13. März 2017</small></p> <p><small>Wiederholen, sich wählen.</small></p>	<p>nicht links, nicht rechts vorwärts</p> <p><small>Regierungs- und Grossratswahlen 26. März 2018</small></p> <p>BDP</p> <p><small>Wiederholen, sich wählen.</small></p>
<p>Wir machen uns stark für unsere Enkel</p> <p><small>und stimmen für die Entlastung der Familien.</small></p> <p>JA <small>ZU STEUERFRAGEN PARLAMENTARISCHEN 8. MÄRZ 2015</small></p> <p><small>Beizeite Stimme zählt! www.familieninitiative.ch</small></p> <p>CVP</p>	<p>EVP</p> <p>Wir hören Ihnen zu!</p> <p><small>Liste 4</small></p>	<p>NEIN zur Initiative Grüne Wirtschaft</p> <p>Schaden an der Schweizer Wirtschaft</p>
<p>FDP</p> <p>Wir machen Wirtschaft.</p> <p><small>Für mehr Innovation, Safe Streams und weniger Regulierungen.</small></p> <p><small>www.fdp.ch</small></p> <p>Wir machen Zürich.</p>		

Gemeindeversammlung

Informationen für Lehrpersonen



1/3

<p>Arbeitsauftrag</p> 	<p>Die Schüler simulieren im Klassenverband eine Gemeindeversammlung zum bereits im Abstimmungsplakat umgesetzten Gemeindethema. Es gilt, die Positionen und die Funktionen vorab zu bestimmen. Eine Gruppe übernimmt das Protokoll/ die Videovisualisierung.</p> <p>Für die Funktions- und Positionsfestlegung evt. vor der Diskussion Ideen sammeln. Vor der „Gemeindeversammlung“ kurz in Diskussionskultur einführen.</p> <p>Die Klasse bespricht anschliessend die Versammlung und die entstandenen Emotionen und Diskusionelemente. Die Protokollführer geben ihre Informationen weiter (evtl. Videovisualisierung).</p>
<p>Ziel</p> 	<p>Die Schüler erkennen anhand einer realistischen Diskussion die Mechanismen einer Gemeindeversammlung.</p> <p>Die Schüler erkennen die Dynamik einer Diskussion und die Wichtigkeit für den zu erarbeitenden Konsens.</p>
<p>Material</p> 	<p>Arbeitsblätter Videomaterial Evt. DVD von Jugend debattiert Videomaterial</p>
<p>Sozialform</p> 	<p>Plenum</p>
<p>Zeit</p> 	<p>35'</p>

Zusätzliche
Informationen:

- Anmeldung bei jugenddebattiert.ch, eines Projektes der Stiftung Dialog. Gesucht wird die beste Debattierklasse der Schweiz.
- Die DVD von Jugend debattiert gibt über Gesprächsregeln und Konsensfindung auf anschauliche Weise Aufschluss.

Gemeindeversammlung

Diskussionsregeln



2/3

Aufgabe 1:

Lest die Regeln vor eurer Diskussion gut durch und achtet darauf, diese einzuhalten.

Diskussionsregeln

Allgemein

**Diese Dinge sollte jeder
Diskussionsteilnehmer einhalten**

- fair miteinander umgehen
- einander ausreden lassen
- keine Beschimpfungen
- sachlich argumentieren
- angemessene Lautstärke
- Meinungen anderer akzeptieren

Überzeugen statt überreden!

Diskussionsleiter

**Diese Dinge muss der Diskussionsleiter
einhalten**

- Streit schlichten und eingreifen
- unparteiisch sein
- jedem gleich viel Redezeit geben
- beim Thema bleiben und nicht abschweifen

Gemeindeversammlung

Diskussionsregeln



3/3

Aufgabe 2:

In jeder Gruppe hat es Menschen, die verschiedene soziale Rollen spielen. Versucht herauszufinden, wer in eurer Diskussion welche Rolle spielt und weshalb er sie spielt! Die Rollen können vorher den einzelnen Diskussionsteilnehmer ohne Wissen der weiteren Mitwirkenden zugeteilt werden.

Rollen in der Gruppe

Der **Gruppenführer** hat die Funktion, die Gruppe zusammenzuhalten und bestimmt und koordiniert die Gruppenziele. In Gruppen in denen es keinen offiziellen Gruppenleiter hat, wetteifern meist der Beliebteste und der Normentreuste (Tüchtigste) um diese Position.

Der **Beliebte** hat die Funktion, die Gruppe zusammenzuhalten. Er wird von allen gemocht und verkörpert die emotionale Seite der Gruppenbedürfnisse. Da er die Strenge der Gruppenmassstäbe gerade nicht verkörpert, ist er als Gruppenführer meist erfolglos, oder er wird unbeliebter.

Der **Tüchtige** verkörpert die normativen Ziele der Gruppe. Damit kann er nicht der Beliebteste sein.

Der **Mitläufer** orientiert sich am Gruppenleiter.

Der **Opponent** hat eine besondere Beziehung zum Gruppenführer und hat als starkes Mitglied ebenfalls Leitungsqualitäten, ist jedoch nicht zum Führer gemacht worden und macht diesem (un-)bewusst seine Position streitig. Der Opponent ist oft dafür verantwortlich, dass soziale Konflikte akut werden.

Der **Sündenbock** ist allgemein das schwächste Gruppenmitglied und wird verantwortlich gemacht, wenn die Gruppe ein Ziel nicht erreicht hat.

Der **Aussenseiter** nimmt gegebenenfalls eine Position in der Gruppe ein, er kann Beraterfunktion übernehmen und auch Kasper sein.

Abschluss: Emil

Informationen für Lehrpersonen



1/1

Arbeitsauftrag 	Filmsequenzen schauen/Tondokument hören
Ziel 	Abschluss
Material 	CD von Emil «Emil träumt» und «Unvergessliche Geschichten»
Sozialform 	Plenum
Zeit 	10'

- Emil-Nummer: CD "Emil träumt", Track 12: Das Wahlplakat
- "Unvergessliche Geschichten", Track 14: Die Vorstandssitzung

Weiterführende Ideen:

Zusätzliche Informationen:

- Interessant wäre der Besuch einer richtigen Gemeindeversammlung oder Gemeinderatssitzung
- Umfrage in der Gemeinde zu einem aktuellen Thema
- Projektarbeit "Wir gestalten mit". Die Klasse versucht ein ihr wichtiges Anliegen für die Gemeinde so vorzubringen, dass dieses in einer realen Versammlung besprochen wird.